



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 28.10.2008
Az.:

5. Sitzung des Kreisausschusses am 20.10.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Hofstetter, Franz Josef

Knur, Herbert

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Scharf-Gerlspeck, Ulrike

Schmidt, Horst

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

i.V.v. Schwimmer Jakob (bis 16.00 Uhr)

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Schmittner Josef (zu TOP 1)

Schacherl Johann (zu TOP 2)

Steinbach Reinhard (zu TOP 2)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Schulleiter Biller von der Berufsschule Erding

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Abfallwirtschaft
Änderung der Abfallwirtschaftssatzung aufgrund Einführung der Papiertonne
Vorlage: 2008/0419
2. Informations- und Kommunikationstechniken
Fortschreibung des eGovernment Masterplanes
Vorlage: 2008/0421
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1 Anfrage zur Metropolregion - MVV-Karten
 - 3.2 Anfrage von KR Schmidt - Geschäftsordnung
 - 3.3 Kulturpreis - Anfrage von KR Schmidt
 - 3.4 Anfrage zum Krankenhaus (Besprechung am 30.07.)



I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 20.10.2008**

1. **Abfallwirtschaft
Änderung der Abfallwirtschaftssatzung aufgrund Einführung
der Papiertonne
Vorlage: 2008/0419**

Der Vorsitzende ergänzt zur versandten Vorlage, mit Einführung der Papiertonne werde eine Leistungsausweitung des bisherigen Systems ohne zusätzliche Gebühren vorgenommen. Eine schnelle Umsetzung sei notwendig, um private Anbieter, sog. Global Player, keine Möglichkeit zu geben, die Papiersammlung durchzuführen. Die Anlieferung (Bringsystem) an den Recyclinghöfen werde weiterhin möglich sein. Für ältere Bürger biete dieses zusätzliche Angebot (Holsystem) Vorteile.

Er betont, Vereine, die eine Papiersammlung durchführen, können dies auch weiterhin wie in der Vergangenheit machen, wobei sich die Menge vielleicht reduzieren werde, „wenn die Papiertonne vor der Türe steht“.

Herr Schmittner ergänzt, in der bisher geltenden Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen des Landkreises Erding seien Änderungen vorzunehmen. Er verweist auf die wichtigsten Änderungen in § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 3 und § 15 Abs. 1 Satz 4. Zu § 16 Abs. 1 merkt er an, die Leerung der Papiertonne werde alle vier Wochen erfolgen, weil ein anderer Rhythmus unwirtschaftlich wäre.

Kreisrat Mehringer verweist auf den Vorlagebericht und fragt, ob durch die Bereitstellung der Tonnen auf den Landkreis zusätzlich laufende Kosten zukommen.

Der Vorsitzende antwortet, die Papierentsorgung werde den Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt, ähnlich der Entsorgung der Biotonnen.

Kreisrat Mehringer fragt, ob mit einem erhöhten Aufkommen von Papier gerechnet werde.

Der Vorsitzende sagt, das sei derzeit schwierig festzustellen. Die Frage sei vielmehr, was passiert, wenn nicht der Landkreis, sondern ein Privater (oder mehrere Private) die Papierentsorgung übernehmen würde. Ein privater Anbieter werde die Entsorgung solange machen, bis sich die Sammlung nicht mehr rentiere. Ein privater Anbieter habe keine Entsorgungspflicht. Das sei für die Bürger in einem einheitlichen Entsorgungsgebiet nicht nachvollziehbar. Deshalb plädiere er dafür, die Papiertonne einzuführen.



Kreisrat Schmidt merkt an, die SPD-Fraktion befürwortet grundsätzlich die Einführung der Papiertonne, weil dies ein besserer Service für die Bürger sei, denn das Bringsystem sei für viele doch sehr mühsam.

Er zeigt sich irritiert, weil in der Vorlage zu lesen sei: „Sollte die Satzungsänderung vom Kreistag wider Erwarten abgelehnt werden, treten das

Leistungsänderungsverlangen und die Mehrkostenvereinbarung wieder außer Kraft“. Weiter sei im Zeitplan die „Information der Bürger – sofort“ vorgesehen. Er stellt fest, die Bürger seien bereits informiert worden, bevor die Gremien den erforderlichen Beschluss gefasst haben.

Zudem wünscht er eine Erklärung zu § 15 Abs. 1 Satz 6: „Auf Antrag der betroffenen Anschlusspflichtigen können für benachbarte Grundstücke gemeinsame Restmüll-, Bioabfall- und Papierabfallbehältnisse zugelassen werden, wenn sich einer der Anschlusspflichtigen durch schriftliche Erklärung zur Zahlung verpflichtet“. Er denkt, das sei z.B. für Bürger einer Reihenhauszeile schwierig umzusetzen. Er bittet um eine präzisere Formulierung. Für die Bürger sollte es verständlich sein, dass sie auch ohne eine Erklärung abzugeben, eine Papiertonne gemeinsam nutzen können.

Der Vorsitzende antwortet, bei der Biotonne werde das bisher schon so praktiziert.

Kreisrat Schmidt sagt, nach der Satzung werde von den Bürgern, die gemeinsam eine Papiertonne nutzen wollen verlangt, dass einer schriftlich erklärt, er sei dafür zuständig, wobei jeder die Abfallgebühren bezahle.

Herr Schmittner erklärt, wegen der Gebührenschuld bei der Restmülltonne sei eine schriftliche Erklärung notwendig.

Kreisrat Schmidt stellt fest, wenn sich zwei Nachbarn gemeinsam eine Papiertonne nehmen, sei also eine schriftliche Erklärung nicht erforderlich. Er denkt, der Passus sollte klarer formuliert werden.

Der Vorsitzende stimmt dem zu. Wenn Anfragen kommen, könne den Bürgern das auch so gesagt werden.

Kreisrat Knur denkt, zum besseren Verständnis sollten in § 15 Abs. 1 Satz 6 die Worte „und Papierabfallbehältnisse“ gestrichen werden.

Der Vorsitzende stellt fest, auch bei der Biotonne sei es ähnlich. Er schlägt vor, die Worte „Bioabfall- und Papierabfallbehältnisse“ zu streichen.

Kreisrat Knur stellt zum Vorwurf von Kreisrat Schmidt fest, nachdem der zuständige Fachausschuss einstimmig die Einführung der Papiertonne beschlossen habe, sei davon auszugehen, dass der Kreistag für die Änderung der Satzung seine Zustimmung geben werde. Es sei von der Verwaltung richtig gewesen, frühzeitig mit den Vorarbeiten zu beginnen.



Der Vorsitzende berichtet, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 29.09. sei das Procedere so abgestimmt worden.

Herr Schmittner ergänzt, der Druck seitens der privaten Entsorgungswirtschaft sei enorm. Der Landkreis Erding gehöre zu den wenigen Landkreisen, in dem Private noch keine Papiertonnen aufgestellt haben. Der Terminplan sei im zuständigen Ausschuss vorgestellt worden. Es sei die Zustimmung erfolgt, dass die Verwaltung mit der Umsetzung beginnen könne. Das Ganze sei rechtlich abgesichert. Die Verwaltung verlange von den Firmen eine Leistungserweiterung. Der Änderungsvertrag mit den Firmen werde natürlich unter dem Vorbehalt geschlossen, dass der Kreistag der Satzungsänderung zustimme.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Els denkt, die Zustimmung des Kreistages sei nicht problematisch zu sehen, weil die Bevölkerung das Angebot positiv aufgenommen habe und die Einführung der Papiertonne eine zusätzliche Serviceleistung für die Bürger sei. Zudem sei der Landkreis Erding einer der wenigen, wo es noch keine Papiertonne gebe.

Der Vorsitzende stellt fest, offiziell gelte die Papiertonne als eingeführt, wenn die Satzung entsprechend dem Beschluss des Kreistages (22.12.2008) angepasst sei. Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0023-14

Dem Kreistag wird empfohlen die beiliegende Änderungssatzung zur Abfallwirtschaftssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Informations- und Kommunikationstechniken Fortschreibung des eGovernment Masterplanes Vorlage: 2008/0421

Der Vorsitzende merkt zur versandten Vorlage an, es gebe eine Vielzahl von Aktivitäten. Er bittet Herrn Schacherl um Ausführung.

Herr Schacherl erklärt, der eGovernment Masterplan werde einmal jährlich erstellt und gebe einen Überblick über Aktivitäten des vergangenen Jahres, Aktivitäten des Jahres und einen Ausblick über die Maßnahmen, die in den folgenden Jahren anstehen.

Ein Schwerpunktthema im vergangenen Jahr sei die Servermodernisierung und -virtualisierung gewesen, um eine zukunftsfähige Server-Network-Struktur aufrechterhalten zu können.

Ein großer Punkt, der auch von der AKDB als wesentliche Verbesserung stark propagiert worden sei, war das Behördeninformationssystem BayBIS, das allen kommunalen und staatlichen Behörden in Bayern ermöglicht, online Melderegisterauskünfte über ein bayernweites Meldeportal abzurufen. Um das nutzen zu können, sei eine einmalige



Registrierung bei der AKDB Voraussetzung. Die gesetzliche Grundlage für das Behördeninformationssystem war die am 01.07.2007 in Kraft getretene Verordnung zur Übermittlung von Meldedaten. Das Behördeninformationssystem sei allen Sachgebieten im Amt, die Bedarf haben, zur Verfügung gestellt worden. Für die Nutzung seien jedoch sehr viele Informationen notwendig, um Auskünfte bekommen zu können.

Herr Steinbach ergänzt, um den Datenschutz sicherzustellen, gebe es mehrere Profile. In den Profilen sei geregelt, welche Daten das einzelne Sachgebiet abrufen kann.

Herr Schacherl erklärt, weiter sei ein Basis-Webportal OK.Komm für alle EDV-Anwendungen installiert und in Betrieb genommen worden. OK.Komm sei ein Basis-Webportal der AKDB und ermöglicht einen Datenaustausch zwischen AKDB-Programmen und Anwendungen von anderen Anbietern. Zurzeit programmiere die AKDB für die einzelnen Anwendungsverfahren Schnittstellen, die es ermöglichen, direkt aus dem Anwendungsverfahren eine Suchanfrage zu starten und das Ergebnis in das Anwendungsverfahren zu übernehmen. Die Kommunikation zwischen Anwendungsverfahren und Einwohnerdatenbestand werde über das OK.Komm ermöglicht. In der Zulassungsstelle sei ein erster Testbetrieb eingerichtet worden. Die Mitarbeiter seien sehr angetan, dass sie direkt aus dem Programm Daten abrufen können und nicht immer extra auf ein anderes Programm wechseln müssen. Die Weiterentwicklung von OK.Komm sei derzeit nicht leicht abzuschätzen.

Im letzten Jahr sei auch die Online-Software „Tizian“ für die Lebensmittelkontrolleure eingeführt worden. Bisher haben die meisten Lebensmittelkontrolleure eine Datenbank vor Ort in den Behörden gehabt. In der Online-Datenbank sollen die Daten aller bayerischen Behörden zusammengefasst werden.

Herr Schacherl berichtet weiter, seit 2007 gebe es eine Onlineverbindung zum Zentralen Fahrerlaubnisregister beim Kraftfahrtbundesamt (KBA). Das bedeutet, dass in der täglichen Arbeit Auskünfte sofort abgerufen werden können und nicht mehr eine Wartezeit von zwei bis drei Tagen erforderlich sei.

Seit 01.03.2008 gebe es in der Zulassungsstelle auch die EVB (Elektronische Versicherungsbestätigung) als Ersatz für die Versicherungsdoppelkarte.

Weiter sei die Einführung eines neuen Programms für die Abfallwirtschaft geplant. Das bisherige Programm sei seit Anfang 1993 im Einsatz, sei vom technischen Standard her veraltet und müsse ersetzt werden. 2008 waren dafür 80.000 € bereitgestellt. Bei der Programmsuche seien sieben Programmanbieter zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden. Fünf Programmanbieter haben ein Angebot abgegeben. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Kosten zwischen 30.000 € und 60.000 € schwanken. Für die Verwaltung sei dabei günstig gewesen, dass das geeignetste Programm auch das wirtschaftlich günstigste war. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für die Umstellung. Auch die Einführung der

Papiertonne werde mit dem neuen Programm abgewickelt werden. Die Anwendung werde am 01.01.2009 in den Echtbetrieb gehen.



Herr Schacherl merkt noch an, das Programm für den Kommunalen Sitzungsdienst „Session“ sei mit dem Bürger- und Ratsinformationssystem erweitert worden.

LANDKREIS
ERDING

Für 2009 sei die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems geplant. Dafür seien im Haushalt 25.000 € anzusetzen. Er erklärt, das Dokumentenmanagementsystem sei aus Kostengründen schon mehrmals verschoben worden, jedoch werde auf Dauer nicht darauf verzichtet werden können. Derzeit werde versucht, auf dem Markt ein geeignetes und finanziell akzeptables Programm zu finden, weil dafür ein sechsstelliger Betrag notwendig sein werde. In die I&K-Infrastruktur am Landratsamt mit den vorhandenen Programmen komXpress, komXeasys und Session würde ein Programm komXwork am besten dazu passen. KomXwork wäre auch mit Abstand die finanziell günstigste Lösung. Der Kaufpreis einer Hauslizenz würde netto ca. 25.000 € betragen. Verglichen mit anderen Dokumentenmanagementsystemen sei das ein sehr günstiger Preis. Momentan wären bei Einführung von komXwork jährliche Wartungskosten von 3.000 € zu veranschlagen.

Büro des Landrats
BL

Im Bereich Ausländeramt müsse der Datentransfer zwischen dem Ausländerzentralregister und dem Ausländeramt automatisiert werden. Darüber hinaus müsse das Ausländeramt so umgestellt werden, damit Anfragen an das Bundeszentralregister nur noch elektronisch und nicht mehr auf Papier erfolgen. Ein weiterer Punkt wäre noch ein Datenabgleich zwischen den Einwohnermeldeämtern und dem Ausländeramt zu automatisieren.

Herr Schacherl merkt an, ursprünglich waren dafür 2009 6.000 € beantragt. Es seien jedoch 4.000 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt worden, so dass die Punkte 2 und 3 erledigt werden können und der Haushaltsansatz 2009 nur noch 2.000 € sei.

Herr Schacherl erklärt weiter, interessant wäre, online-Auskünfte für Bauherren und Planfertiger im Bereich Bauamt zu ermöglichen. Damit könnten sich berechnete Personen unabhängig von den Öffnungszeiten des Landratsamtes jederzeit online über den Sachstand eines Bauantrages, z.B. welche Unterlagen fehlen, welche Stellungnahmen angefordert worden seien, usw. informieren.

Weiter sei die Einführung des Spezialprogramms OK-KIWO geplant, um die Anforderungen des § 8 a SGB VIII (Kindeswohlgefährdung) durch Erfassen von Meldungen, Abbildung einer Prozesskette (Verlauf und Status der Meldung) sowie die Daten der Meldungen/Personen zu erleichtern.

Zum Formularserver merkt Herr Schacherl an, es kommen immer wieder Klagen von Bürgern, dass zu wenige Online-Formulare im Internet zur Verfügung stehen. Um Abhilfe zu schaffen könnten verschiedene Formulare von externen Anbietern bezogen werden. Zurzeit erfolge eine interne Bedarfsermittlung bei den Organisationseinheiten im Hause.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Nachdem aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abzusehen sei, welche Anforderungen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie auch an das Formularwesen stellen werde, macht es Sinn, das Projekt um ein Jahr zu verschieben.

Kreisrätin Meister möchte wissen, nachdem Herr Schacherl zum Dokumentenmanagementsystem gesagt habe, dass das ca. 25.000 € kosten soll und es im Probebetrieb bereits eingesetzt worden sei, welche Erfahrung damit gemacht worden seien.

Herr Schacherl antwortet, er habe gute Erfahrungen gemacht. Er betont, wenn ein Dokumentenmanagementsystem im ganzen Haus eingeführt werden sollte, sei das eine Arbeit von 6 bis 10 Jahren. Es werde mit ein paar Sachgebieten begonnen und sukzessive erweitert.

Kreisrätin Stieglmeier denkt, auf der einen Seite bringen diese Programme eine wesentliche Arbeitserleichterung. Nachdem aber in letzter Zeit immer wieder von Datenmissbrauch zu hören sei, möchte sie wissen, ob die Daten nicht so leicht „zu knacken“ seien.

Herr Steinbach erklärt, im Landkreis gebe es das Landkreisbehördennetz. Die Übertragung im Landkreisbehördennetz werde verschlüsselt vorgenommen. Der Bayer. Datenschutzbeauftragte habe schriftlich bestätigt, dass personenbezogene Daten im Landkreisbehördennetz nur mit der Verschlüsselung in dem virtuellen Tunnel übertragen werden dürfen. Der Bayer. Datenschutzbeauftragte empfiehlt, dass das Landratsamt für jedes Sachgebiet einen öffentlichen Schlüssel bereitstellt. Dies habe die EDV-Abteilung für das Landratsamt bereits getestet. Es gebe die Möglichkeit, für jeden Mitarbeiter einen Schlüssel zu vergeben. Das würde im Moment aber bedeuten, dass auf jedem der ca. 700 PC`s ein Schlüssel installiert werden müsste, was sehr viel Arbeit erfordere. Der öffentliche Schlüssel wäre dann im Behördennetz in einem zentralen E-mail-Verzeichnis abgelegt. Living-Data habe ein Projekt mit einem zentralen Gerät, das im Landratsamt stehen würde und auf dem alle Schlüssel liegen würden. Das heißt, die Schlüssel würden zentral installiert, gewartet und gepflegt und alle drei Jahre erneuert. Die Vorbereitungen dazu seien im Gange. Dazu kommt das bayern.cert, die die Richtlinien für die Sicherheit im Bayer. Behördennetz vorgeben. Wenn die Feigabe für die Living-Data Lösung vorliegt, werde mit der Umsetzung begonnen. Der Bereich sei hochkomplex. Die Daten innerhalb des Behördennetzes seien jedoch sicher.

Kreisrätin Scharf-Gerlspeck stellt fest, alle Projekte seien für die Arbeit der Verwaltung gedacht und nicht für die Anwendung der Bürger. Sie fragt, ob es nicht z.B. für den Bereich Abfallwirtschaft über den Bayer. Landkreistag ein Programm für die gemeinsame Nutzung gebe.

Herr Schacherl antwortet, deutschlandweit gebe es ungefähr 20 verschiedene Programme. Die EDV-Abteilung habe eine Vorauswahl von 7 Programmanbietern getroffen. Dazu sei ein Pflichtenheft erstellt worden, u.a. sei ein Kriterium gewesen, wo das Programm in einer bayerischen Verwaltung eingesetzt sei, usw.



Herr Steinbach ergänzt, es gebe nicht für alle Bereiche eine so große Programmauswahl. Zum Beispiel im Zulassungsbereich gebe es zwei oder drei Anbieter.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass z.B. die online-Auskunft für Bauherrn und Planfertiger, die Elektronische Versicherungsbestätigung und auch das Bürgerinformationssystem schon auch ein Service für die Bürger seien.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Steinbach sagt, ein großes Problem sei die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie, die bis 2010 umgesetzt sein solle. Die EDV-Abteilung bekomme laufend Angebote von Firmen, die ihre Software anbieten. Es kann nicht sein, dass 71 Landkreise in Bayern sich mit Software eindecken und dann andere Voraussetzungen gewünscht werden.

Der Vorsitzende sagt, es sei noch nicht bekannt, wo der Vollzug der EU-Dienstleistungsrichtlinie angesiedelt werden solle (im Bayer. Wirtschaftsministerium, bei den Regierungen oder in den Landratsämtern). Die Meinung der Landräte dazu sei unterschiedlich.

Kreisrat Knur weiß, dass die Landkreisverwaltung sehr leistungsfähig sei. Er denkt, dass der Landkreis vielleicht in dem Bereich nicht bei den Ersten mit dabei sein müsse. Es sollten die Erfahrungen der Anderen ausgewertet werden. Das Dokumentenmanagementsystem sollte erst im ganzen Hause umgesetzt werden, wenn die Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie bekannt seien.

Kreisrat Schmidt fragt, wie der Rücklauf bezüglich der Passwörter beim Ratsinformationssystem sei, weil er immer wieder Hinweise bekommt, dass es bei den Kreisräten nicht so bekannt sei, dass ein Passwort für die Nutzung erforderlich sei. Er bittet, die Kreisräte nochmals auf die Möglichkeit hinzuweisen, sich das Passwort für die Nutzung zu besorgen.

Der Vorsitzende sagt, jedem Kreisrat sei zu Beginn der neuen Wahlperiode ein Benutzerhandbuch – Ratsinformationssystem „Session“ gegeben worden. Diese Information könne aber bei der nächsten Kreistagssitzung nochmals erfolgen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0024-14

Die Fortschreibung des eGovernment-Masterplans 2008 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dem Kreistag wird empfohlen, die für die geplanten Projekte benötigten finanziellen Mittel im Haushalt 2009 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

3. Bekanntgaben und Anfragen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3.1 Anfrage zur Metropolregion - MVV-Karten

Kreisrätin Stieglmeier fragt, ob es die gemeinsame MVV-Karte für den Landkreis Erding nicht gebe, weil der Landkreis Erding nicht in der Europäischen Metropolregion München Mitglied sei.

Der Vorsitzende stellt fest, der MVV sei ein anderer Bereich als die Europäische Metropolregion München. Er lege Wert darauf, dass der Landkreis im MVV dabei sei, weil dafür auch im Haushalt nicht unwesentlich Mittel eingeplant und zur Verfügung gestellt werden. Deshalb erwarte er auch, dass das MVV-Gebiet auch entsprechend berücksichtigt werde, unabhängig davon, ob der Landkreis bei der Europäischen Metropolregion München Mitglied sei oder nicht. Er werde sich aber kundig machen. Er geht davon aus, dass unabhängig von der Mitgliedschaft bei der Europäischen Metropolregion München dem Landkreis dadurch kein Nachteil entstehe, weil der MVV-Bereich mit der Europäischen Metropolregion München nichts zu tun habe.

Der Vorsitzende gibt Kreisrätin Stieglmeier Recht, es wäre schon besorgniserregend, wenn die beiden Dinge miteinander verquickt würden. Es gebe acht Verbundlandkreise und die Landeshauptstadt München und das Wirtschaftsministerium, die die schienen- und nichtschienengebundenen Verkehrssysteme im ÖPNV haben zusammenfließen lassen. Das sei Rechtsgrundlage. Er betont, so lange es im Landkreis Erding nichtschienengebundene und schienengebundene Einrichtungen gebe, die nicht im MVV-System integriert seien, werde er keiner Ausweitung des MVV auf andere Landkreise zustimmen. Es kann nicht sein, dass andere Landkreise kostenneutral in den MVV aufgenommen werden, obwohl der Landkreis Erding das System nicht vollständig habe und mit das Defizit zu tragen habe.

Kreisrat Els denkt, die Europäische Metropolregion München sei eine zusätzliche Organisation, die versucht, Zuständigkeiten zu bekommen.

Kreisrat Schmidt merkt an, der Vorsitzende habe die Unterstützung des ganzen Kreistages, dass es zu einer einheitlichen Regelung komme.

3.2 Anfrage von KR Schmidt - Geschäftsordnung

Kreisrat Schmidt erinnert, bei der letzten Kreistagssitzung (15.09.2008) war die Diskussion über die geltende Geschäftsordnung im Internet. Er bittet, dass alle Kreisräte die Geschäftsordnung in schriftlicher Form bekommen.

Der Vorsitzende betont, im Internet sei die neue Geschäftsordnung damals nicht richtig eingestellt gewesen, deswegen habe es Irritationen gegeben. Er stimmt dem zu, die Geschäftsordnung in schriftlicher Form an die Kreisräte zu verteilen.

3.3 Kulturpreis - Anfrage von KR Schmidt



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schmidt erklärt, die SPD-Fraktion habe im August letzten Jahres einen Antrag auf Trennung des Kulturpreises in Kulturpreis und Umweltpreis gestellt. Das Thema sei im Ausschuss für Kultur und Umwelt beraten worden. Er denkt, der Antrag sollte nicht nur im Ausschuss für Kultur und Umwelt beraten werden, sondern es sei auch Aufgabe des Kreisausschusses und des Kreistages, darüber zu entscheiden. Er bittet, den Antrag nochmals, auch im Kreisausschuss zu behandeln, auch deshalb, weil sich die Zuständigkeit des Ausschusses geändert habe. Er könnte den Antrag auch nochmals vorlegen.

Der Vorsitzende sagt, er werde den Antrag nochmals prüfen lassen.

3.4 Anfrage zum Krankenhaus (Besprechung am 30.07.)

Kreisrat Schmidt merkt an, in der Kreisausschuss-Sitzung vom 23.09.2008 habe der Vorsitzende moniert, dass von der SPD-Fraktion eine Einladung des Verwaltungsrates des Krankenhauses Erding nicht weitergegeben worden sei oder so ähnlich.

Er bittet festzuhalten, dass Kreisrat Borgo sich bei der Verwaltung des Krankenhauses wegen Urlaub telefonisch entschuldigt habe. Die Stellvertreterin (Kreisrätin Meister) habe keine Einladung erhalten und auch der Fraktionsvorsitzende sei davon nicht in Kenntnis gesetzt worden. Insofern habe die Fraktion die Einladung auch nicht weiter geben können. Er denkt, es wäre sinnvoll, noch dazu, wenn es sich um eine außerordentliche Sitzung handelt, dass der Fraktionsvorsitzende bzw. der Stellvertreter des Ausschussmitglieds eine Einladung erhalten.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass bei allen Sitzungen (Ausschusssitzungen, Verwaltungsratssitzungen, usw.) so verfahren werde. Es werden keine Stellvertreter eingeladen. Ein Mandatsträger habe seine Stellvertretung selbst zu informieren.

Tatsache sei, er habe nicht moniert, sondern lediglich festgestellt, dass bei dem Gespräch kein Vertreter der SPD anwesend war.

Nach kurzer Diskussion beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 16.00 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte